

## Mitglieder-Diskussion mit Hajo Jahn (ELSG-brief 79)

Dr. Bärbel Gafert, Berlin, den 21.01.2010

Sehr geehrter Hajo Jahn,

seit einigen Jahren bin ich Mitglied der Else Lasker-Schüler-Gesellschaft, nahm auch schon an Reisen nach Breslau und Prag teil und fand diese sehr interessant, wichtig, angenehm.

Auch die Unterstützung des Projekts „Zentrum für verfolgte Künste“ (ZfvK) fand ich wichtig, W.u. schlage ich eine Erweiterung vor.

Umso mehr enttäuscht es mich, dass Sie schon seit einiger Zeit ein anderes, ebenso unterstützenswertes Projekt diskriminieren, damit gar konkurrieren: die Initiativen zum Gedenken an Flucht und Vertreibung und zur Mahnung gegen Vertreibungen überhaupt. Abgesehen davon, dass es sich hier um ganz andere Dimensionen handelt, kenne ich niemanden, der diese Initiativen (es gibt mehrere) unterstützt und nicht zugleich das Anliegen der ELSG unterstützen würde, an verfolgte Künstler incl. Schriftsteller zu erinnern. Es geht nicht um Konkurrenz!

Abgesehen davon, dass fast alles, was Sie über die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZgV, 2000 von Peter Glotz und Erika Steinbach gegründet) und die neue Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ (SFVV, unter Leitung des Augsburgers Historikers Manfred Kittel) schreiben, polemisch formuliert und unrichtig ist, erschrecken mich zwei Dinge:

1. dass Sie, der Sie die ELSG und ihr Anliegen langjährig so engagiert vertreten, anscheinend auch die unwürdige persönliche Kampagne (incl Sippenhaft) gegen Frau Steinbach unterstützen. Diese wird seit Jahren von der polnischen Rechten (hierin unterstützt von den Altkommunisten in Polen und in der „Links-Partei“) gezündelt – und nun bereits auf die neue Stiftung SFVV ausgedehnt. (Erste Anwürfe gegen Herrn Kittel gibt es bereits.) Hier empfehle ich sehr das neue Buch von Heike Amos: „Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 – 1990“, München 2009, besonders die Kapitel über die gezielten „Revanchismuskampagnen“ der Stasi in den 60er/ 70er Jahren gegen den Bund der Vertriebenen (BdV). Die Historikerin entdeckte Anleitungen und erstaunliche Erfolgsmeldungen (auch in Westdeutschland) in DDR-Archiven. Die Kampagnen begannen immer mit persönlichen Diffamierungen, Unterstellungen, verdrehten Halbwahrheiten; die Methoden gehen wohl weiter.
2. Und es erschreckt mich, wie Sie, -obwohl Sie über das Thema Vertreibung scheinbar wenig wissen (was nicht das Problem ist), - so sehr gegen ein Gedenken und mehr Wissen darüber sein können!?

(Beides soll die SFVV z.B. durch Ausstellungen, Bücher vermitteln).  
Dazu nur ein Beispiel: Sie verweisen anerkennend auf Herta Müller, ihr Schicksal unter dem Regime Ceausescu, ihre Bücher darüber sowie auf den Literatur-Nobelpreis. (Auch sie wurde als Schriftstellerin verfolgt und vertrieben – allerdings von einem stalinistischen Nachkriegsregime.) Sie vergessen, darauf hinzuweisen, dass H.M. den Preis vor allem für ihr letztes Buch „Atemschaukel“ erhielt. Hier gestaltet sie an der Figur des Protagonisten Auberg das Schicksal von Oskar Pastior, einem der über 60 000 Rumäniendeutschen, die -nach Einmarsch der Roten Armee Ende 1944- als „lebende Reparationen“ in den Gulag verschleppt wurden (auch die Mutter von H.M.). Der mörderische Kollektivschuldvorwurf Stalins traf alle deutschen Minderheiten im Osten und alle Reichsdeutschen aus den deutschen Ostgebieten, hier Frauen, Kinder, Alte: Hunderttausende wurden in den Gulag verschleppt (darunter unzählige ostpreussische Frauen, die ihre Kinder zurücklassen mussten). Etwa 5-6 Millionen (damals) Ostdeutschen gelang die Flucht vor der Roten Armee, weitere über 7 Millionen (!) wurden nach Kriegsende - als im Westen die Waffen ruhten- unter zumeist brutalsten Bedingungen von den neuen Machthabern in Warschau und Prag vertrieben. über 2 Millionen überlebten die Strapazen und Gewaltakte nicht. Alle Vertreibungen wurden im Rücken der Roten Armee hinter dem neuen „Eisernen Vorhang“ organisiert, unter den von Stalin abhängigen neuen Satellitenregimen. –Seit Öffnung der östlichen Archive ist auch nachweisbar, dass die überstürzten Massenvertreibungen und die Landnahme der Ostgebiete den neuen, zumeist in Moskau geschulten ‚Herren‘ (anfangs zusammen mit anpassungsbereiten Nationalisten) dazu dienten, mit Stalins Protektion ihre Macht zu sichern.

- Ich habe auch einen Vorschlag.

Herta Müller erinnert in ihrem jetzt preisgekrönten Buch an die Anfangsphase des neuen Verfolgungssystems und des Vertreibungsprozesses. - Für viele, die im Westen ein glimpflicheres Nachkriegsschicksal erfahren durften, sind das ganz unbekanntes Schicksale und Ereignisse.- Die ELSG bzw. das „Zentrum verfolgter Künste“ könnte mit Herta Müller beginnen, den Kreis der verfolgten Künstler auf die unter dem Terror system Stalins und seiner Satellitenstaaten Verfolgten zu erweitern – oder auch nur auf die unter Ceausescu, Ulbricht und Honecker verfolgten deutschen Schriftsteller nach 1945. Auch unter den von Bierut und Gomulka sowie unter Benes und Gottwald vertriebenen

Deutschen gab es (teils doppelt) verfolgte Schriftsteller und Künstler. Das Beispiel Herta Müller verweist m.A.n. hervorragend auf das Gemeinsame des Engagements und der Ziele beider Projekte, des ZfvK und der Stiftung ZgV

Ich schreibe Ihnen das auch, um deutlich zu machen, wie nahe sich m.A.n. die Anliegen beider Projekte sind und wie eingeschränkt (auf den Westblick) und ‚gelenkt‘ das Wissen über Verfolgung und Vertreibung nach Kriegsende durch die jahrzehntelange Sowjetisierung halb Mittel-Osteuropas noch immer ist.

Im westlichen Deutschland hat die Angst vor der Relativierung der Holocaust-Opfer, wenn deutsche (Nachkriegs)Opfer erwähnt werden, auch Denk- und Wahrnehmungshemmnisse über die Nachkriegsjahre bewirkt. Z.B. reduziert sich noch heute das Wissen zum Thema: „Flucht und Vertreibung“ meist nur auf die „Flucht“ und auf Treckbilder im Schnee. Als Grund gilt noch überwiegend die in der DDR geborene und propagierte sog. Antifa-These: Das sei der Tribut für Auschwitz – und sofort kommt der Revanchismusverdacht. (Dass die Vertreibung Folge des von NS-Deutschland begonnenen brutalen Krieges war, bestreitet niemand. Doch diese Erklärung reicht nach Öffnung der östlichen Archive nicht mehr aus.) Die neue Kittel-Stiftung ist über 60 Jahre nach der Vertreibung längst überfällig, auch um ein Fundament für Versöhnung zu erreichen.

Ihr schadenfroher Hinweis auf den Austritt von Herrn Szarota aus dem wissenschaftlichen Beirat ist eher peinlich. Jeder, der etwas genauer hinschaut, weiß, dass S. längst unter Druck aus Polen stand. (In der FAZ gab es dazu einen guten Kommentar.) Nächste Woche findet in Berlin eine Veranstaltung der Kittel-Stiftung (SFVV) mit vier polnischen Historikern statt. In einer Demokratie ist es ein großes Übel, wenn staatliche Stellen ihre Macht zu solchen Eingriffen nutzen, - wie zuletzt der machttrunkene Westerwelle.

Ich möchte betonen, ich bin kein Fan von Frau Steinbach und ich bin nicht im BdV. Beide sind Interessenvertreter unzähliger Vertriebener, - das ist gut so und das sollte ebenso anerkannt werden, wie die Interessenvertretung z.B. in den Kirchen.

Mein Anliegen (auch als Historikerin) ist, hoffe ich, deutlich geworden. Ich könnte nicht mehr Mitglied der EL SG sein bzw. sie unterstützen, wenn Sie Ihre Haltung gegen die neue SFVV fortsetzen. Ich denke, dass Sie damit auch dem Anliegen der EL SG bzw. des ZfvKschaden, so wie ich sie bisher verstand.

Ich bitte darum, diesen Brief auch anderen Vorstandsmitgliedern zu geben, vielleicht finde ich ja Verständnis. Zu weiteren Auskünften evt. bin ich gern bereit. Ich werde den nächsten Rundbrief abwarten und ggf. austreten.

Mit freundlichem Gruß,  
Bärbel Gafert.

-----  
Sehr verehrte Frau Dr. Gafert,

haben Sie vielen Dank für Ihre ausführliche Stellungnahme. Wenn Sie einverstanden sind, veröffentliche ich ihn auf unserer EL SG-Homepage unter "Kontroverse"; denn das Info hat nicht den Platz, den Ihr Schreiben einnehmen würde.

Da Sie darauf hinweisen, nicht dem BdV anzugehören und kein Fan von Frau Steinbach zu sein, erlaube ich mir vorab ebenfalls einige persönliche Hinweise: Meine längst verstorbenen Eltern waren Heimatvertriebene und Flüchtlinge, hatten den A- und B-Ausweis (wie das damals hieß). Andere Verwandte kamen aus dem Sudetenland, aus dem sie flüchten mussten. Meine ersten Kindheitstag verlebte ich im heutigen Polen; meine Großmutter - die mit uns in den Westen flüchtete - und ihre Familie stammen aus Oberschlesien und mein Adoptivvater aus Frankfurt an der Oder (Dammvorstadt, Slubice); er streikte 1953 als Eisenflechter in der Stalin-Allee, Ostberlin.

Auf der Flucht aus dem "Sudetengau" hatte ich als 4-jähriger keine Schuhe an den FüßSEN und der Kinderwagen mit meiner Schwester nur noch drei Räder. Keiner meiner Angehörigen hat sich mit dem BdV gemein gemacht oder gar von ihm vertreten gefühlt, weder während des Kalten Kriegs noch unter der versöhnlicheren Frau Steinbach. Und es ist beileibe keine Schadenfreude, wenn auf den Austritt von Herrn Szarota hingewiesen wird...

Wenn Sie auf unser Forum in Breslau hinweisen, dann erinnere ich an die dortige Teilnahme von Helga Hirsch. Eine kluge Dame, die jedoch absolut nichts von unseren Vorstellungen und Überlegungen hielt, etwa eine nationale Stiftung (wie die erst 2008 vom Bundestag beschlossene "Flucht, Vertreibung, Versöhnung) mit der ersten Vertreibung zusammenzulegen, um die es uns geht

und mit der wir bei unseren Schulveranstaltungen viel Interesse wecken, weil es beispielhafte Persönlichkeiten waren, mit deren Werken und Biographien wir arbeiten. Frau Steinbach, die nicht nur bei den Rechten und den Alt-Kommunisten in Polen wenig Ansehen genießt, weil sie die Tochter eines Besatzungsoffiziers war und gegen die Oder-Neiße-Grenze gestimmt hat (wie einige andere auch, ich weiß), hat erst gar nicht auf den von ihrem einstigen Mitstreiter Ralph Giordano unterbreiteten Vorschlag für ein Gespräch reagiert, an dem erst selbst sowie die Ex-PEN-Präsidentin Ingrid Bachér und Jürgen Serke teilnehmen sollten.

Oder Prof. Helmut Moll. Der „Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für das Martyrologium des 20. Jahrhunderts“ ist erklärter "Gefolgsmann" von Erika Steinbach. Umso erstaunlicher, dass auch er das Anliegen der ELS-Gesellschaft (die Stiftung vom Kopf auf die Füße zu stellen, nämlich die Vertreibung der Künstler u.a. Intellektuellen seit Beginn der NS-Diktatur einzubeziehen) ebenso unterstützt wie Erstunterzeichner unserer Petition, darunter Bischöfin Jepsen, Elfriede Jelinek, der polnische Schriftstellerverband und W. Bartoszewski, die damit einverstanden waren, dass beide "Zentrums-Anliegen" unter einem Stiftungsdach vereint, aber somit auch gemeinsam finanziert werden.

Die FAZ ist in ihrer Haltung zu dieser Problematik viel einseitiger als wir, druckte auch einen sachlichen Leserbrief von mir nicht ab. Allerdings den von Eberhard le Coutre (FAZ 18.1.2010) aus Wedel, in dem er auf die Nazis, die Täter, und ihre Mitläufer in den ehemaligen Ostgebieten hinwies, Menschen, die mitgemacht haben, solange gesiegt wurde. Herta Mueller ist wg. unseres Zentrumprojekts in die ELSG eingetreten. Sie macht keinen Hehl daraus, dass ihr Vater in Rumänien ein Nazi war.

Dass Unrecht geschehen ist, haben wir und unsere Befürworter der Petition nie bestritten, auch nicht die aus Tschechien, Norwegen, Holland und natürlich aus Polen. Das "Zentrum der verfolgten Künste" bezieht auch die verfolgten DDR-Intellektuellen ein, bei Veranstaltungen und im Internetprojekt [www.exil-zentrum.de](http://www.exil-zentrum.de) werden zudem selbstverständlich die Opfer heutiger Diktaturen thematisiert.

Die prominenten Unterzeichner unserer Petition vermitteln einen Eindruck, wie schwer es ist, nicht einäugig zu werden in einer Zeit der Blendungen. Oder um es mit den Worten Serkes zu sagen: „Die Vertreibung begann 1933. Dem Furor der Bücherverbrennungen vom 10. Mai 1933 war die Schliessung der Preussischen Akademie der Künste vorangegangen. Die Feuer des 10. Mai waren symbolische Menschenverbrennungen und die Zerstörung des Buches der Bücher, die Zerstörung des Volkes Israel.“

Künstler wie Else Lasker-Schüler mussten ins Exil, Erich Mühsam, Carl von Ossietzky oder Else Uri, die Autorin des Kinderbuchs „Nesthäkchen“ ins KZ. Was dann folgte, wissen wir. Doch staatliche Unterstützung wie die fuer die 1945 Vertriebenen gibt es fuer unsere Form der Erinnerungskultur nicht.

Im Uebrigen, verehrte Frau Gafert, steht es doch uns allen, also dem Staat, den Parlamenten, den Gesellschaften wie der unsrigen gut zu Gesicht, wenn es unterschiedliche Meinungen gibt. Deshalb sollte man nicht austreten, sondern sich zu Wort melden, wie Sie es ja getan haben.

Mit freundlichen Gruessen  
Hajo Jahn

-----  
Sehr geehrter Hajo Jahn,

danke für Ihre ausführliche Reaktion auf meinen Brief.  
Sie können ihn (auch diesen, incl. Ihren) gern auf Ihrer Homepage veröffentlichen. Vielleicht können Sie in dem zeitnahen Rundbrief mit einem Hinweis darauf verweisen.

- Sie haben mein Anliegen nicht oder falsch verstanden. Ich hatte ihnen geschrieben, weil mir der polemische Stil, unrichtige Darstellungen und die konkurrierende Haltung ihres Anschreibens in dem letzten Rundbrief der ELSG nicht gefiel.

Zu Ihren Brief-Bemerkungen noch ein paar Anmerkungen:

- Obwohl ich nicht im BdV bin, unterstütze ich schon seit längerem die Initiative für eine Ausstellungs- und Dokumentationsstätte zum Thema Vertreibung. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Ebenso ausdrücklich nehme ich Frau Steinbach gegen den unsäglichen Sippenhaft- Vorwurf (!) wegen ihres Vaters in Schutz. Dass er schon fast zur political correctness gehört, halte ich für doppelt beschämend. Frau Steinbach hat das Trauma der Flucht als Zweijährige erfahren,- sie könnte aber auch BdV-Präsidentin sein, wenn sie sich ganz ohne persönliche Betroffenheit engagierte. - Sie

machen Herta Müller ihren NS-Vater nicht zum Vorwurf - zweierlei Moral? Menschen können Täter und Opfer sein; Kinder können sich ihre Eltern nicht aussuchen.

- Ich habe persönliche, moralische und wissenschaftliche Gründe für meine Unterstützung der neuen Stiftung in Berlin: Die ungeheure Schiefelage in unserem Land, die Unfähigkeit noch 65 Jahre nach Kriegsende, das ganz überwiegend schwerere Schicksal der Vertriebenen anzuerkennen (1/2 Million der über 2 Mio. Vertreibungsoffer waren Kinder, 2 Mio. Frauen wurden vergewaltigt, 1/2 Mio. Zivilisten in den Gulag deportiert), die Ignoranz gegenüber dem ungeheuren kulturellen Verlust, der Mangel an historischer Forschung -trotz inzwischen guter Quellenlage (bis heute kein Lehrstuhl, keine Vorlesung zu dem Thema, in Schulbüchern maximal 1/2 Seite ), die kalte Arroganz der Halbwissenden, ihre doppelte Moral, die Vorherrschaft der Geschichtspolitik über die Geschichtsanalyse (gerade wieder anmaßend praktiziert. Natürlich müssen auch heikle Themen untersucht werden, auch die Außenpolitik darf das nicht zensieren. Ohne historische Wahrheit ist jede 'Versöhnung' brüchig)- Last not least empört mich die fortgesetzte Instrumentalisierung des so wirksamen Revanchismusvorwurfs (ein andauernder Erfolg der Stasi, - bei Heike Amos nachzulesen.) - Ich sollte dazu sagen, dass ich mein halbes Leben zum Thema NS-Bearbeitung gearbeitet und gewirkt habe.-- Im Westen Deutschlands wurde ignoriert, dass im Osten der NS-Diktatur nicht Befreiung, sondern die Diktatur Stalins und seiner Satelliten folgte; Wissen und Bearbeitung der meisten endeten zeitlich 1945 und örtlich am "Eisernen Vorhang" - und das wirkt nach. Darunter fällt das Thema Vertreibung, die in den Jahren nach Kriegsende letztlich im Dienst des Aufbaus stalinistischer Satellitensysteme stand (anfangs unterstützt von anpassungsbereiten Nationalisten) , auch in Warschau und Prag. Die sog. Antifa-These der SBZ/ DDR: Vertreibung und Abtrennung deutscher Gebiete seien "Tribut für Auschwitz" - benutzt zur Machtsicherung Ulbrichts und Genossen - schwappte in den 60er Jahren nach Westdeutschland. Für diese These gibt es keine Belege; es gab ganz andere politische Interessen. (Was ich hier verkürzt schreibe, ist durch viele Quellen belegbar.) Vor diesem Hintergrund sind u.a. die menschenverachtenden Anwürfe gegen Frau Steinbach und inzwischen auch gegen die gesamte neue Stiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" Ablenkungen vom eigentlichen Thema.

- Nochmal zu den beiden Initiativen (SFVV und ZvK): Sie können natürlich nur nebeneinander unterstützt werden. Es geht um unterschiedliche Verfolgungen, unter Hitler und unter Stalin. Die Vertreibung der 15 Millionen (etwa die Hälfte flohen, die anderen erlebten den Terror der "Marionetten Stalins" nach Kriegsende - das ist wenig erforscht und bekannt. Noch heute wird zumeist nur die Flucht gemeint, die grausam genug war.) Es gibt hier ein riesiges Nachholbedürfnis. Dass das NS-Terrorssystem vorausging, dass auch Vertriebene Nazis waren -nicht mehr und nicht weniger als das restliche Deutschland- ist seit Jahrzehnten bekannt, übrigens auch dem BdV und Frau Steinbach - obwohl ihr immer wieder das Gegenteil unterstellt wird.

Auch ich denke, unterschiedliche Meinungen zu heiklen Themen sollten in einer Organisation möglich sein. Dazu gehört, eine faire Auseinandersetzung, in der die Würde des anderen (wer immer das ist) unverletzt bleibt. (So beginnt unser Grundgesetz.) Sippenhaft-, Revanchismus- und Kollektivschuldvorwürfe gehören nicht dazu.

- Ihre persönliche Geschichte kannte ich nicht. Umso unverständlicher ist mir, warum Sie die Initiativen und die wichtigste Initiatorin zur öffentlichen Anerkennung auch Ihres Schicksals so verächtlich darstellen.

Mit freundlichem Gruß,  
Bärbel Gafert, Berlin

-----  
Sehr verehrte Frau Dr. Gafert,

danke für die erneute ausführliche Antwort. "Verächtlich" mögen Sie das empfinden, was ich geschrieben habe. Es ist so weder formuliert noch gemeint. In einigen Punkten gebe ich Ihnen gerne Recht, in anderen habe ich eine andere Meinung. Und einem 4jährigen, der nach der Vertreibung und Flucht aus Polen und der Tschechoslowakei jahrelang in der kommunistischen DDR gelebt hat, dürfte man sicherlich mehr Erfahrungen und Erinnerungen als einer Zweijährigen zubilligen. Doch lassen wir diese Aufrechnerei. Frau Steinbach hat das wahre Problem nicht erkannt oder nicht begreifen wollen: Es ist, wie ich in vielen Gesprächen in unserem Nachbarland erfahren konnte, für polnische Menschen nicht akzeptabel, daß sich jemand als Opfer der Vertreibung

stilisiert, der in Wahrheit ein Besatzerklind ist, dessen Familie mit der Wehrmacht gewaltsam nach Polen kam, dort polnisches Eigentum okkupierte, bevor dann die Rote Armee die Verhältnisse umkehrte. EU-Kommissar Günter Verheugen meint deshalb auch: "Wenn eine solche Frau sagt, sie vertrete den größten Opferverband der Welt, sehen die Polen darin nicht nur eine Zumutung, sondern fürchten auch eine Umdeutung deutscher Selbstwahrnehmung."

Es war, wie Ex-Botschafter Janusz Reuter richtig bemerkt, ein "Tabubruch, als wir sagten: Es gab auch Deutsche, die gelitten haben. Im kommunistischen Polen durfte man darüber nicht reden." Tatsache ist, daß die Haltung der Vertriebenenverbände in der Frühzeit der Bundesrepublik - zugeben: Zeit des Kalten Kriegs - kein Ruhmesblatt ist. Gerhart Baum, der große Liberale, hat mir geschrieben: "Der BdV sollte erst einmal seine eigene Geschichte nach dem Krieg aufarbeiten. Hätte er die Politik bestimmt, hätte es keine Befreiung der DDR und Ostdeutschlands gegeben."

Ich bleibe dabei: Die Vertreibung hat 1933 begonnen. 1945 war die Folge. Und es ist ein Unding, daß Steuermillionen für eine Einrichtung gegeben werden, die die Vertreibung der Besten unserer Nation nicht berücksichtigt, dafür jene mit einbezieht, die mehrheitlich die Nazis unterstützt haben, solange gesiegt wurde. Denken Sie nur an die Wahl im Sudetenland.

Sich an Menschen zu erinnern, gibt Kraft. Zumal an Menschen, die Vorbilder sein können für die nachwachsenden Generationen. Und das sind eher nicht Offiziere wie Herr Steinbach und seine Tochter. Wenn ich Schüler befrage bei meinen Vorträgen, werden Thomas Mann und Albert Einstein genannt, Alfred Döblin, Kurt Tucholsky oder Else Lasker-Schüler, Paul Hindemith und und und - Künstler und Intellektuelle, deren Verhalten Hochachtung abnötigt und in deren Werken oft festgehalten ist, was passierte und wie es dazu kommen konnte. "Unsere Demokratie hat sich im großen ganzen bewährt - wie nie zuvor in der deutschen Geschichte - weil sie auch Kraft aus dem Umgang mit dieser unsäglichen Vergangenheit schöpft - ein Umgang, der immer wieder zur Bekräftigung der Werte führt." (G. Baum).

Ich füge hinzu: Ohne gesellschaftliche Akzeptanz der Stiftung, in die unbedingt die vertriebenen Künstler und anderen Intellektuellen gehören, werden die Anliegen der Vertriebenen lediglich die Position einer immer kleiner werdenden Minderheit und einer politischen Lobbyarbeit bleiben.

Mit freundlichen Grüßen  
Hajo Jahn

-----  
Sehr geehrter Herr Jahn, (7.2.2010)

es ist schade, dass wir doch ziemlich aneinander vorbeireden. Mir ging es zunächst um Unrichtiges und um Form und Stil Ihres Anschreibens in dem letzten Rundbrief,- worauf sie gar nicht eingingen.

Sie erwähnten in ihrer letzten Mail etliche historische Daten (und Zitate) . Ich erlaube mir, diese in Frage zu stellen und bitte Sie darum, auch diese Gegendarstellung noch ins Internet zu setzen, vielleicht sogar in einer Art Forum zur Diskussion einzuladen. Das wäre doch interessant.

Zu den Daten:

-- Sie erwähnen das Wahlverhalten der Mehrheit der Sudetendeutschen etwa ab 1937: Das war erschreckend, das ist Fakt. Um es zu erklären (nicht zu entschuldigen!) muss man mit den Grenzveränderungen nach 1918 und den Folgen für die große deutsche Minderheit (damals Deutschösterreicher) beginnen. Hitler nutzte geschickt die Minderheitenkonflikte für seine Kriegsplanung. --Die Wahlen in den Oder-Neiße-Gebieten verliefen anders. Man kann sie eher mit anderen Reichsgebieten (innerhalb der Grenzen der Weimarer Republik) vergleichen. Insgesamt waren die Wahlen 1932/33 in Schleswig-Holstein und Land Braunschweig, das Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit verschaffte, brauner als im Osten. Oberschlesien wählte das Zentrum. Der brutalste Gauleiter im Osten, Erich Koch, kam aus Ostfriesland, Heydrich aus Halle, Himmler aus Bayern, München war die Hauptstadt der 'NS-Bewegung', der Kölner Karneval war hochgradig antisemitisch etc etc. Das heißt, es gab im Osten nicht mehr, leider auch nicht weniger Nazis und Mitläufer als im restlichen Deutschland. Das also scheidet als Begründung/ Rechtfertigung der Vertreibungen im Osten aus. Sonst müsste man fragen, warum nicht die Schleswig-Holsteiner und Münchener vertrieben wurden. Zudem gehörten "Kollektivstrafen" zur Politik Hitlers und Stalins, damit heute zu argumentieren verbietet sich eigentlich.

-- Was kaum jemand weiß: Die wichtigste Widerstandsgruppe tagte in Kreisau/ Niederschlesien. Der

erste gesamtdeutsche Minister war Hans Lukaschek aus Breslau, er war Mitglied des Kreisauer Kreises. Die einzige Widerstandsgruppe, die ihre Stimme schon ab 1939 vom Ausland erhob, waren die vor den Nazis geflohenen Sudetendeutschen Sozialdemokraten unter Leitung von Wenzel Jaksch im Londoner Exil (z.B. im BBC). Jaksch war 1958 bis zu seinem frühen Tod ('61) Präsident des BdV. Das machte ihn als Feindbild besonders 'attraktiv' für die damals massiven Stasi-Revanchismuskampagnen, die gezielt den "Vertriebenen-Funktionären" galten, stellten sie doch die "Stalin-Grenze" an Oder und Neiße infrage, die Existenzbedingung für die DDR (allerdings Brandt und Wehner bis 1964. Ich erinnere auch an die Plakate: dreigeteilt niemals!). Diese und andere Revanchismus-Vorwürfe, die gezielt in den Westen 'schwappten' müssen heute hinterfragt werden.

-- Die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts begannen nicht erst wie Sie sagen 1933, sondern im Umkreis des I. Weltkriegs (Armenier, Griechen/Türken, dann Massenvertreibungen Stalins, der Holodomor in der Ukraine etc, etc. Hitlers Verbrechen wurden 1945 gebremst, Stalins Verbrechen erst mit seinem Tod 1952 -darunter fällt die Vertreibung der Deutschen hinter dem "Eisernen Vorhang".

-- Niemand bestreitet, dass Vertreibung und Abtrennung der Ostgebiete am Kriegsende Folge des verbrecherischen, von Wehrmacht (und Roter Armee) begonnenen II. Weltkriegs waren. Aber das reicht zur Erklärung längst nicht mehr aus, seitdem die östlichen Archive geöffnet sind. Diese lassen erkennen: Die neuen Satellitenregime in Warschau und Prag bauten ihre Macht mithilfe der "Reinigung vom deutschen Ungeziefer" (O-Ton) mit Gulag-Methoden auf. Als am 8. Mai 45 im Westen die Waffen ruhten, begannen tschechische und polnische Miliz und Soldaten, mit den wilden Vertreibungen (auf Befehl der von Stalin protegierten Regime in Warschau und Prag.). Mit Peitschen und Gewehren bewaffnet begannen sie, die deutsche Zivilbevölkerung (Alte, Frauen und viele Kinder) über die 'neuen Grenzen' zu treiben.

-- Am 8. Mai begann im Osten mit der Befreiung vom NS-Regime eine neue Diktatur. Das zu erforschen ist keine "Umschreibung" der Geschichte (wie polnische Nationalisten befürchten), sondern endlich der Weg zur genaueren historischen Wahrheit. Dass es vor dieser Wahrheit auch Ängste gibt, ist sogar verständlich. (Ernsthafte polnische Historiker schrieben längst darüber)

-- Zur NS-Belastung des BdV: Diese war in den 50/60er Jahren in der BRD zu hoch, das ist Fakt. Prozentual war sie nicht höher als die in einigen Länder- und Adenauer-Regierungen. Zudem waren die Vorsitzenden zumeist die aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Männer (indirekt Vertriebene). Die direkt Vertriebenen waren alte Leute, Frauen und Kinder, - (soweit sie die Gewaltakte und Strapazen überlebten) - die letzten Opfer Hitlers und Opfer Stalins zugleich. An sie soll erinnert werden, es ist höchste Zeit.

Leider ist so erschreckend wenig Wissen vorhanden, wie die derzeitige Diskussion um die neue Stiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" zu dem Thema wiederum zeigt- aber fast jeder hat fertige Urteile -und meistens geht es ablenkend vom Thema um Frau Steinbach. In Schulen und Universitäten kommt das Thema Vertreibung kaum vor. (Allenfalls weiß man etwas von der Flucht). Last not least. Es gibt Pro- und Contra -Meinungen zu Frau Steinbach, das ist ein anders Thema. (Erstmals ist eine starke Frau BdV-Vorsitzende, auch das mag viele 'reizen'. Die Debatte wäre sonst nicht so emotional.) Mir geht es vor allem um Aufklärung zu dem weitgehend unbekanntem historischen Thema Vertreibung, und da zählen belegbare historische Fakten. Wer diese Aufklärung voranbringt, hat meine Unterstützung. Ich schreibe ja auch selbst dazu.

Mit freundlichem Gruß,  
Bärbel Gafert.

-----  
Sehr verehrte Frau Dr. Gafert, (Wuppertal, d. 14.2.2010)

die Bundesregierung gab in der zurückliegenden Woche dem starken Druck nach, den BdV-Präsidentin Steinbach ausgeübt hat – manche Zeitungskommentare und auch Politiker sprachen gar von „Erpressung“.

Doch die Fokussierung auf die Person Steinbach trübt den Blick auf die Absichten des BdV, die Ihr Historiker-Kollege Erich Später von der Heinrich Böll-Stiftung einen Skandal nennt und so formuliert (FR am 12.2.d.J.):

Es gehe darum, „eine alternative Sicht auf den zweiten Weltkrieg und den Nationalsozialismus aufzubauen. Das Zentrum unter Federführung des BdV soll die Sicht der deutschen Rechten manifestieren...Die Vertriebenen sind jetzt Opfer der Weltgeschichte, von unmenschlichen Regimes, von einer seit Jahrtausenden stattfindenden Politik der Vertreibung. Der Zweite Weltkrieg verliert seinen historischen Ort; er wird zu einem Ereignis unter vielen in einer Kette von weltgeschichtlichen Verhängnissen. Der Massenmord an den Juden versinkt im Meer der Geschichte.“

Im FR-Interview mit Spätling wird darauf hingewiesen, dass Frau Steinbach im Jahr 2006 mit der

Ausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ eine Vorschau auf die kommende Dauerausstellung geliefert habe. Und das Deutsche Historische Museum zeigte fast zeitgleich „Flucht Vertreibung und Integration“.

Dazu Spätling:

„Es war auffällig, was bei den Ausstellungen unter den Tisch fiel: die Rolle der deutschen Minderheiten für die NS-Expansionspolitik, die Beteiligung der ostdeutschen Volksgemeinschaften an der Shoah, das Leid der Sowjetunion. Die Deutschen erscheinen hier als Opfer der Nazis und der Alliierten; die Ostgebiete sind dargestellt als friedliche Idyllen, in die ein barbarischer Feind einbricht.“

Die Gefahr der Umdeutung der NS-Verbrechen ist nicht von der Hand zu weisen, liebe Frau Dr. Gafert. Und dass die Gegner und Opfer der Nazis, die Künstler und anderen Intellektuellen, die ab 1933 –Tucholsky sogar schon ein Jahr zuvor – vertrieben wurden, nicht vorkommen, ist ein Umstand, der nicht nur einstigen Befürwortern der BdV-Initiative wie Ralph Giordano bitter aufstößt. Zur Einigung mit Frau Steinbach gehören auch die weiteren materiellen Zugeständnisse der Bundesregierung für das „Zentrum gegen Vertreibungen“, also noch mehr Staatsgelder, während es für eine Einrichtung wie dem „Zentrum für verfolgte Künste“ keinerlei Unterstützung gibt. Sie haben keine Lobby wie die Abgeordnete Steinbach.

Warum setzen nicht auch Sie, verehrte Frau Dr. Gafert, sich für unser Anliegen ein?

1933 übernahmen in Deutschland die Nationalsozialisten die Macht. Ganz demokratisch, sie wurden gewählt – auch von denen, die dafür 1945 vertrieben wurden.

Tausende Menschen, darunter die führenden Intellektuellen, verließen daraufhin das Land, denn sie mussten mit Repressalien und Schlimmerem rechnen, weil sie Juden, Liberale, Linke, Homosexuelle oder „entartete Künstler“ waren. Deutschland hat sich selbst am Gehirn operiert und dabei einen Intelligenzverlust erlitten. Dass an sie nicht gleichermaßen erinnert wird wie an die Vertriebenen, das sollte zu denken geben!

Mit freundlichen Grüßen

Hajo Jahn